

SPD

Auf beiden Seiten der Front

Manchmal ist Ernst Schwanhold verdammt hart. „Flotte Sprüche kann ich auch machen“, sagt der neue wirtschaftspolitische Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, „aber jetzt nicht.“

Wer bei der SPD derzeit die Wirtschaftspolitik vertreten darf, muß wohl ein Mann ohne Eigenschaften sein. Schwanholds Vorgänger als Fraktions-sprecher, Uwe Jens, kam bei der Fehde zwischen Gerhard Schröder und Rudolf Scharping über eine moderne und/oder sozialdemokratische Wirtschaftspolitik um seinen Posten – so wie Schröder selber zuvor seines Amtes als wirtschaftspolitischer Sprecher der Gesamtpartei wegen frecher Sprüche enthoben wurde.

Jetzt kommt Ernst Schwanhold. Von ihm ist zu erfahren, daß er ein „anständiges, gutes Arbeitsverhältnis zu Rudolf Scharping“ habe, und auch, daß es zwischen ihm und Schröder „keine Sprachlosigkeit“ gebe. Von „der Abstimmung des Gleichklangs der Aussagen“ oder vom „Dreiklang ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit“ spricht Schwanhold gern, und es klingt irgendwie nach dem elektronischen Ding Dong Dang an der Türklingel.

Er ist harmoniebedürftig, muß dazu aber keinen sozialdemokratischen Spagat machen. Er schafft es meistens, auf beiden Seiten der Front zu stehen.

Schwanhold, 46, ist Mitglied der Industriegewerkschaft Chemie, war aber auch 14 Jahre Betriebsleiter einer



Schwanhold

Lackfabrik mit 120 Mitarbeitern in Hiddenhausen bei Herford. Die Kollegen in der Arbeitnehmervertretung brachte er zum Beispiel dazu, daß sie ihn den Betriebsrat mitwählen ließen, obwohl er als Leitender Angestellter nicht dazu berechtigt war.

Fühlt er sich also als Unternehmer oder als Arbeitnehmer? So eine Frage stellt sich für ihn nicht, weil „an jeder Stelle im Sinne des Unternehmens gehandelt werden muß“.

Es war für Schwanhold eine gelinde Überraschung, daß er 1990 in den Bundestag gelangte. Sein SPD-Unterbezirk Osnabrück-Stadt, dem er vor-sitzt, hatte ihn nur auf einem hoffnungslosen Platz der niedersächsischen Landesliste unterbringen können. Weil die Grünen nicht über die Fünfprozenthürde kamen, machte die Wahlarithmetik aus dem Lack-Manager einen Politiker.

Fast wäre der Name Schwanhold im vorigen Jahr auch einem weiteren Kreis bekannt geworden. Scharping schlug ihn als Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt vor. Aber der dortige Ministerpräsident Reinhard Höppner nahm einen anderen. So blieb Schwanhold weiter ein anonymer Abgeordneter, der still und bescheiden die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ leitete.

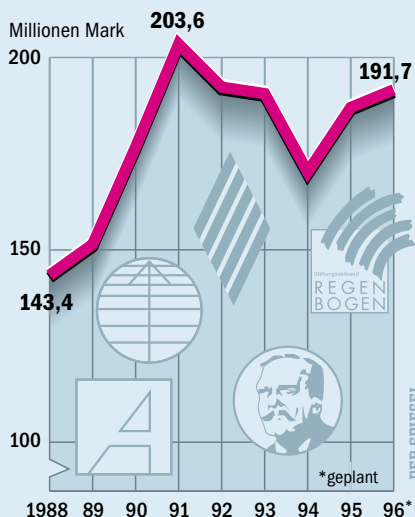
Als Wirtschaftssprecher seiner Fraktion steht Schwanhold wieder für die Einheit der Vielfalt. Er fordert eine Ökosteuer ebenso wie „die große Ent-rümpelung bei den Genehmigungsver-fahren“, ein „Umwelthaftungsrecht“, aber auch „eine Zukunft für die chemische Industrie“. Mit Begriffen wie „Stoffstrommanagement“ und „Sustainability“ hantiert Schwanhold behende auf der Höhe des Zeitgeists. Das neue Amt möchte er ganz im Sinne nachhaltiger Stoffverwertung nutzen: „Was an Porzellan zerschlagen ist, will ich wieder kitten.“

Stiftungen

Ende der Spar-Zeit

Die Stiftungen der Parteien wollen mehr Geld vom Staat. Wenn sie nicht mehr bekämen, klagt etwa der Chef der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Otto Graf Lambsdorff, müßten die Liberalen ihr Institut in fünf bis zehn Jahren schließen. Dabei dürfen die Stiftungen auch 1996 insgesamt wieder mit mehr Zuschüssen zur politischen Bildungsarbeit rechnen – sie steigen auf 191,7 Millionen Mark. Der Grund: Die Grünen, die inzwischen mehr Wähler haben als die FDP, sollen stärker berücksichtigt werden, ohne daß die anderen allzusehr bluten müssen. Ihr Stiftungsverband Regenbogen kassiert statt 8,7 Millionen Mark im nächsten Jahr 13,6 Millionen.

Zuschüsse des Bundesinnenministeriums an Parteistiftungen (Globalmittel/Bauzuschüsse)



Unternehmer

Obolus vom Kindergeld

Einen Protestbrief erhielt Finanzminister Theo Waigel von acht Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft. Ihnen mißfällt der Entwurf jener Verordnung, die den Arbeitgebern von 1996 an die Auszahlung des Kindergelds an ihre Beschäftigten aufbürdet. Das „kostenlose Abwälzen von Staatsaufgaben“ auf die Privatwirtschaft könne „nicht mehr akzeptiert werden“. Süffisant wird darauf hingewiesen, daß der Staat es anders halte – so lasse er sich etwa seine Arbeit beim Einzug der Kirchensteuer vergüten „und zwar in Höhe von 3 bis 4 Prozent“ des Einkommens. Deshalb müßten auch die Arbeitgeber vom Fiskus belohnt werden – etwa mit 4 Prozent vom ausgezahlten Kindergeld.